



Dr. Andreas Schockenhoff

für Ravensburg–Bodensee im Deutschen Bundestag



Berlin *aktuell*

Ausgabe Nr. 9 • 14. Mai 2009

Thema der Woche

60 Jahre Grundgesetz

Erfolgsgeschichte ohne Beispiel – Wahl des Bundespräsidenten

Am 8. Mai 1949 wurde im Parlamentarischen Rat das Grundgesetz verabschiedet, und am 23. Mai 2009 jährt sich das Inkrafttreten des Grundgesetzes zum 60. Mal. Der Deutsche Bundestag würdigte in dieser Woche dieses Ereignis mit einer ausführlichen Debatte. Mit dem vor 60 Jahren verabschiedeten Grundgesetz wurde der Weg frei gemacht für eine demokratische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Verfassung - Grundgesetz genannt - hat eine Erfolgsgeschichte ohne Beispiel hinter sich. Es ist die beste Verfassung, die Deutschland je hatte und das Fundament der Bundesrepublik Deutschland, des demokratischsten, freiheitlichsten und stabilsten Staates der deutschen Geschichte. Auf diesem Fundament haben wir Deutschland nach dem Krieg wiederaufgebaut. Wirtschaftswunder, soziale Marktwirtschaft und die Aussöhnung mit unseren Nachbarländern sind der Ausdruck der Werte des Grundgesetzes in der Politik. Grundgesetz wurde dieses Werk genannt, weil man den Begriff Verfassung für den Zeitpunkt offen halten wollte, an dem Deutschland wiedervereinigt sein würde. Zum damaligen Zeitpunkt war Deutschland in West und Ost schon geteilt, und es war abzusehen, dass verschiedene Entwicklungen in den beiden Teilen stattfinden werden. Die Verfassung heißt auch heute noch Grundgesetz. Seine größte Bewährungsprobe hatte es nach der Wende, nachdem Mauer und Stacheldraht gefallen waren, 1989, als die Menschen in Ostdeutschland sich mit überwältigender Mehrheit für den Beitritt der DDR zum Wirkungsbereich des Grundgesetzes entschieden haben. Seitdem ist das Grundgesetz die Verfassung aller Deutschen. Die Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland ist ein großer Erfolg geworden, und wenn wir die Schwierigkeiten der aktuellen Zeit sehen, hilft ein Blick in die Geschichte, um zu erkennen: Wir haben immer wieder in den vergangenen 60 Jahren

schwierige Situationen gemeistert und sie zum Erfolg gebracht. Wie etwa während der terroristischen Bedrohung durch die RAF. Hier hat sich die Ordnung des Grundgesetzes bewährt. Das Grundgesetz bietet auch die besten Voraussetzungen, um die Auswirkungen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise zu überstehen und sogar gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Wir haben in diesem Jahr noch häufig Gelegenheit, unser Jubiläum, unseren Geburtstag, zu feiern. So auch am 23. Mai 2009, dem 60. Jahrestag des Inkrafttretens des Grundgesetzes. Dann wird die 13. Bundesversammlung zusammentreten, um den Bundespräsidenten zu wählen. Bundespräsident Horst Köhler muss eine zweite Amtszeit erhalten: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt einstimmig seine Wiederwahl. Durch sein hohes Engagement und seinen Einsatz für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft hat er sich in herausragender Weise um die Demokratie und unser Land verdient gemacht. Das zeigt auch seine große Popularität in der Bevölkerung: 76 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sprechen sich dafür aus, dass Horst Köhler auch in den kommenden fünf Jahren unser Staatsoberhaupt bleibt. Getrieben vom eigenen Machtinteresse ignoriert die SPD diesen Wunsch der Bevölkerung und stellt Gesine Schwan als eigene Kandidatin auf. Damit zeigt sie auch ihre wahren Koalitionsabsichten: Ohne die Stimmen der Linkspartei hat Schwan nicht die geringste Chance. Es wirkt unglaublich, wenn Steinmeier und Müntefering nun versichern, bei der Wahl zum Bundespräsidenten die Stimmen der Linken in Anspruch zu nehmen, eine Zusammenarbeit nach der Bundestagswahl aber kategorisch ausschließen. Die Wiederwahl Horst Köhlers ist deshalb auch ein Zeichen demokratischer Verlässlichkeit und Seriosität in dieser schwierigen Zeit.

Aus Plenum und Lobby

Neuregelung bei Spätabtreibungen

Der Bundestag hat am Mittwoch über die sogenannten Spätabtreibungen, also Schwangerschaftsabbrüche nach der 12. Schwangerschaftswoche, entschieden und sich nach vier namentlichen Abstimmungen für ein verpflichtendes Beratungsangebot des behandelnden Arztes für die Schwangeren und eine verpflichtende dreitägige Bedenkzeit ausgesprochen. Damit wurde ein Anliegen der CDU/CSU-Fraktion, das eigentlich nach dem Koalitionsvertrag durch die Koalitionsfraktionen geregelt werden sollte, nun in einem gruppenübergreifenden Gesetzentwurf vom Deutschen Bundestag erfolgreich umgesetzt. Dem Plenum standen zwei Gesetzentwürfe zur Auswahl, die von Abgeordneten verschiedener Fraktionen unterstützt wurden. In der entscheidenden Dritten Lesung des Gesetzentwurfes stimmten 326 Abgeordnete für den Gesetzentwurf, 234 dagegen. Schwangere, die sich in besonderen Belastungssituationen befinden, die zum Abbruch einer späten Schwangerschaft führen können, wurden bislang nicht immer ausreichend beraten. Mit dem neuen Gesetz wird der Automatismus aus Pränataldiagnostik, Befund einer Behinderung des Ungeborenen und Schwangerschaftsabbruch durchbrochen und den Frauen zur Bewältigung der Belastungen und Konflikte eine qualifizierte Beratung zuteil.

Neue Einlagensicherung

Das in dieser Woche in zweiter und dritter Lesung debattierte „Gesetz zur Änderung des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes und anderer Gesetze“ ist ein wichtiger Baustein der Finanzmarktarchitektur zur Stärkung des Vertrauens in das deutsche Kredit- und Wertpapierwesen. In Umsetzung der Änderung der EU-Einlagensicherungsrichtlinie vom Dezember 2008 wird eine Mindestdeckung für Einlagen bereits ab dem 30. Juni 2009 auf 50.000 Euro festgelegt. Ab dem 31. Dezember 2010 ist eine weitere Anhebung auf 100.000 Euro und eine Verkürzung der Auszahlungsfrist auf höchstens 30 Arbeitstage vorgesehen. Die bisherige Verlustbeteiligung des Einlegers in Höhe von 10 Prozent wird abgeschafft. Der Gesetzentwurf enthält zudem von der Bundesregierung entwickelte verbesserte Regelungen zur Früherkennung von Risiken und der Schadensprävention durch die Entschädigungseinrichtung.

Förderung der Elektromobilität beschlossen

Die Förderung der Elektromobilität ist Teil des Konjunkturprogramms II. Aufgrund der Endlichkeit fossiler Brennstoffe wird insbesondere im innerstädtischen Verkehr der Elektromobilität eine wichtige Rolle zukommen. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Mobilität zukunftsfähig machen – Elektromobilität fördern“ unterstützen wir das Ziel der Bundesregierung, mit Projekten und Vorhaben der deutschen Industrie möglichst zügig zu ermöglichen, dem Markt rentable Produkte zur Verfügung zu stellen und damit im Bereich der Elektromobilität eine Spitzenstellung einzunehmen. Wir fordern unter anderem eine zügige Fertigstellung des Nationalen Entwicklungsplanes zur Elektromobilität.

THW-Helfer besser gestellt

In zweiter und dritter Lesung haben wir das „Erste Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Helfer der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk“ verabschiedet. Die rechtlichen Grundlagen für die Arbeit des Technischen Hilfswerkes werden dort ergänzt, wo es für die Sicherstellung eines effektiveren Schutzes der Bevölkerung erforderlich ist. So findet etwa eine Regelung zur Frage, welche Befugnisse die Helferinnen und Helfer im Einsatz haben, Eingang, an der es bisher fehlte. Aufgenommen wird auch eine Kostenregelung, die es dem THW ermöglicht, selbst die Einsatzkosten geltend zu machen.

Entlastung der Bundesregierung für 2007

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag die Bundesregierung für das Haushaltsjahr 2007 formal entlastet.

Zitat

«Im Land ist keine Zusammenbruchstimmung.»

(Bundespräsident Horst Köhler am Mittwoch bei einem Besuch in Magdeburg zur Situation in Deutschland in der Wirtschaftskrise)

Daten und Fakten

- **Bevölkerung vertraut der Bundesregierung – Zuspruch für Schwarz-Gelb:** Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Arbeit der Bundesregierung hat zugenommen. Im letzten Monat stieg der Wert um vier Prozentpunkte auf 40 Prozent. 44 Prozent der Bundesbürger wünschen sich auch für die nächste Legislaturperiode eine Regierung unter Führung der Union, nur 33 Prozent wollen die SPD mit der Führung der Regierungsgeschäfte beauftragen. Als beste politische Konstellation gilt den Bürgerinnen und Bürgern eine Koalition aus Union und FDP. 46 Prozent geben an, eine solche Koalition sei gut für Deutschland. Von einer „Ampel“-Koalition glauben das nur 28 Prozent, ein rot-rot-grünes Bündnis bezeichnen nur 17 Prozent als wünschenswert. (Quelle: ARD-Deutschlandtrend)
- **Deutschland führend in der Hochtechnologie:** Kein anderes Industrieland ist in so vielen forschungs- und wissensintensiven Branchen führend wie Deutschland. In keinem anderen Industrieland ist der Anteil der Wertschöpfung, der auf die Produktion forschungsintensiver Güter und wissensintensiver Dienstleistungen entfällt, höher als bei uns. Anders als viele andere Länder ist Deutschland nicht nur auf wenige Technologiebereiche spezialisiert, sondern besitzt eine beson-

ders breitgefächerte Basis an forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftsbereichen. Experten sehen deshalb bei Wiederansprungen der Konjunktur gute Entwicklungsmöglichkeiten sowie die Chance, gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Voraussetzung ist allerdings, dass die Unternehmen weiterhin in Forschung und Entwicklung investieren. (Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

- **Mädchen meiden Technikberufe:** Die Wahl der Ausbildung ist weiterhin stark von geschlechtsspezifischen Unterschieden geprägt: Im vergangenen Jahr hat sich die große Mehrheit der neuen weiblichen Auszubildenden erneut gegen einen technischen, naturwissenschaftlichen oder informatischen Studiengang entschieden. So waren lediglich 2,7 Prozent der Auszubildenden in den Metallberufen Frauen. In den Elektroberufen lag der Anteil mit 4,2 Prozent kaum höher. Unter den zehn bei Mädchen beliebtesten Ausbildungsgängen – für die sich 54 Prozent aller weiblichen Auszubildenden entschieden – findet sich kein einziger technischer Beruf. Bei den männlichen Bewerbern dagegen befinden sich sechs technische Berufe unter den Top-10. (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Terminvorschau

17.05.2009, 20.00 Uhr
Kandidatenvorstellung der CDU Vogt
im Gasthaus Paradies in Vogt

18.05.2009, 14.00 - 19.00 Uhr
Abgeordnetentag mit der CDU Beuren

18.05.2009, 19.30 Uhr
Wahlveranstaltung mit der CDU Beuren
Kandidatenvorstellung: Stadtrat, Kreistag, Bundestag
und Europaparlament
in der Mehrzweckhalle in Beuren

19.05.2009, 12.00 - 14.00 Uhr
CDU Wirtschaftsrat Ravensburg
Rebleutehaus Ravensburg

19.05.2009, 19.00 Uhr
Politischer Maiempfang DEHOGA
Weinstadel Rimmerle in Wangen

20.05.2009
Besuch des Bildungszentrum St. Konrad beim Deutschen
Bundestag

20.05.2009, 10 Uhr
Besuch der EADS Astrium
in Immenstaad

22.05.2009
Blutritt in Weingarten

23.05.2009
Wahl des Bundespräsidenten in Berlin

24.05.2009 bis 27.05.2009
BPA-Fahrt nach Berlin

25.05.2009 bis 29.05.2009
Sitzungswoche in Berlin

27.05.2009
Besuch der Justus-vonLiebig-Schule Überlingen beim
Deutschen Bundestag

29.05.2009, 19 Uhr
CDU-Grillfest in Immenried
Sportheim Immenried

Impressum



Dr. Andreas Schockenhoff
Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Ravensburg-Bodensee
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Tel. 030/ 227-73174
Fax 030/ 227-76955
www.schockenhoff.de
andreas.schockenhoff@bundestag.de